

Parteienvertrauen in Deutschland 2017: Ausmaß und Determinanten

Michael Angenendt, M.A.¹

1. Parteien im Dauerfeuer der Kritik

Das Vertrauen der Bürger in die politischen Institutionen ihres Landes lässt sich als Potenzial bzw. gesellschaftliche Ressource verstehen, mit der soziale, wirtschaftliche und politische Krisen leichter überwunden werden können als in der Abwesenheit politischen Vertrauens (Tyler 1998: 270-272). Es stellt sich daher in Auseinandersetzung mit dem Begriff des Vertrauens die Frage, wer wem bzw. welchen politischen Institutionen aus welchen Gründen vertraut.

In der Bundesrepublik stehen insbesondere die Parteien im Fokus der Kritik. Das Phänomen der Parteienkritik ist dabei „so alt wie die Parteien selbst“ (Stöss 1990: 15); Parteien seien „Unpopulär aus Tradition“ (Wiesendahl 2012). So begann in der Bundesrepublik bereits in den 1970er Jahren die Debatte um „die Legitimationskrise des Parteiensystems“ (Rönsch 1977: 366; vgl. Poguntke 1999) und erreichte ihren Höhepunkt in den 1990er Jahren (Arzheimer 2002: 18). An vielen Kommunal- und selbst bei einigen Landtagswahlen beteiligt sich mittlerweile weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten (siehe u.a. Gehne 2008: 116ff.). Zudem sinken die Mitgliedszahlen der deutschen Parteien: Es treten weniger Menschen den Parteien bei, als altersbedingt ausscheiden (Niedermayer 2016; vgl. auch van Biezen/Poguntke 2012). Mit der AfD ist seit der letzten Bundestagswahl nun auch erstmals eine rechtspopulistische Partei in den Bundestag eingezogen, womit eine Angleichung an die Parteienlandschaft anderer europäischer Staaten stattgefunden hat. Offen bleibt, ob es sich dabei tatsächlich um einen Niedergang der Parteien oder um eine Phase der Neustrukturierung handelt (Gehne/Spier 2010).

Der internationale Vergleich zeigt darüber hinaus, dass sich die steigende Unzufriedenheit mit den Parteien nicht auf Deutschland beschränkt, sondern ein generelles Phänomen moderner, westlicher Demokratien darstellt (u.a. Dalton 2008, 2004; Dalton/Weldon 2005; Pharr/Putnam 2000; Norris 1999). Die gesellschaftlichen Veränderungen und die mangelnde Integrationskraft der Volksparteien begünsti-

gen zudem ein volatileres Parteiensystem und führen zu einer Schwächung der etablierten Parteien (Poguntke 2014). Als problematisch erachtet wird die sinkende Zufriedenheit vor allem dann, „if the parties themselves become the center of protest and if anti-party sentiments occur increasingly, [because] the core actors of representative democracy are discredited“ (Rossteutscher et. al. 2015: 53). Den aktuellen Trend in den Bevölkerungseinstellungen fasst Norris (2011: 21) unter dem Begriff „critical citizens“ zusammen: So zeigt sich zwar im Zeitverlauf in modernen Demokratien eine Zunahme der generellen Akzeptanz demokratischer Werte und Prinzipien, diese geht jedoch einher mit einer gleichzeitig gestiegenen Skepsis gegenüber den zentralen Akteuren wie Parteien, Parlamenten und Regierungen (vgl. auch Scarrow 1996: 311; Dalton 2004: 195).

2. Parteienvertrauen im Vergleich

Wie viel Vertrauen bringt die Bevölkerung in Deutschland den Parteien im Jahr 2017 tatsächlich entgegen? Tabelle 1 gibt einen Überblick über das Vertrauen in verschiedene Institutionen und ermöglicht dadurch den Vergleich zu anderen öffentlichen Einrichtungen:

Tabelle 1: Vertrauen in öffentliche Einrichtungen in Deutschland (2017)

	eher vertrauen	eher nicht vertrauen	weiß nicht
Polizei	86,4	12,3	1,4
Regionale/lokale Behörden	75,5	21,6	2,9
Justiz	66,2	31,2	2,6
Bundeswehr	64,9	27,1	8,0
Bundestag	59,6	35,0	5,4
Bundesregierung	58,7	37,3	4,0
Öffentliche Verwaltung	56,8	30,8	3,4
Vereinte Nationen	47,2	39,8	13,0
Europäische Union	45,6	46,1	8,3
Politische Parteien	36,8	57,9	5,3

Eigene Berechnung auf Grundlage des Eurobarometers 2017; Befragte= 1605.

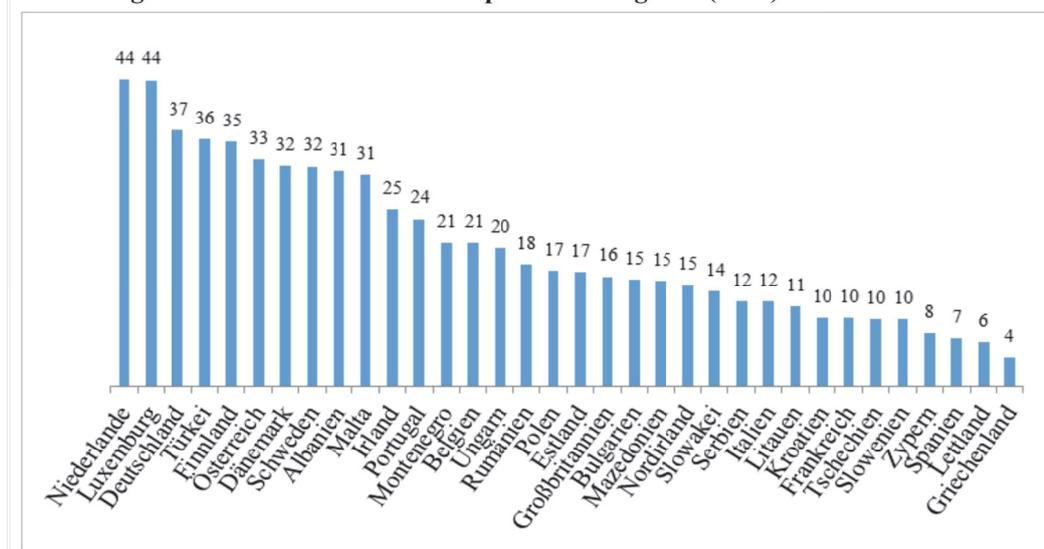
Wie Tabelle 1 zeigt, setzen die Bürger das meiste Vertrauen in die Ordnungs- und Rechtsorgane, wobei der Polizei mit mehr als 85 Prozent Zustimmung am häufigsten vertraut wird. Justiz und Bundeswehr folgen an dritter bzw. vierter Stelle. Den regionalen oder lokalen Behörden vertrauen drei von vier Befragten. Geringeres Vertrauen wird in die politischen Institutionen gesetzt: Dem Bundestag, der Bundesregierung, der Europäischen Union und den Parteien vertrauen weniger als zwei Drittel der Befragten. Die Parteien in Deutschland genießen dabei das geringste Vertrauen: Mehr als jeder zweite Befragte misstraut ihnen.

¹ Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften, Lehrstuhl Vergleich politischer Systeme und Politikfeldanalyse, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Im Vergleich zum Vorjahr zeigen sich Kontinuitäten hinsichtlich der Rangfolge: Die Ordnungs- und Rechtsorgane genießen nach wie vor das höchste Vertrauen, während die politischen Institutionen auf den hinteren Plätzen rangieren (vgl. Tabelle A im Anhang). Dennoch verzeichnen Letztere einen deutlichen Vertrauenszuwachs, wobei die Parteien am wenigsten davon profitieren, da sie den geringsten Zuwachs verzeichnen.

Genießen die Parteien ausschließlich im Vergleich zu anderen Institutionen in Deutschland ein geringes Vertrauen oder ist die Parteienverdrossenheit hierzulande generell ausgeprägter als in anderen Staaten? Abbildung 1 gibt Auskunft über die Bewertung der Parteien im europäischen Vergleich:

Abbildung 1: Parteienvertrauen im europäischen Vergleich (2017)



Alle Angaben in Prozent. Eigene Berechnung auf Grundlage des Eurobarometers 2017; Befragte= 32680.

Abbildung 1 zeigt deutlich, dass das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die Parteien im Vergleich zu ihren europäischen Nachbarn relativ hoch ist. Nur in den Niederlanden und in Luxemburg vertrauen anteilig mehr Personen den Parteien als in Deutschland. Auch die skandinavischen Länder weisen relativ hohe Zustimmungswerte auf, ebenso wie Österreich, die Türkei, Albanien und Malta. Süd- und osteuropäische Staaten weisen mit unter 20 Prozent Zustimmung geringere Vertrauenswerte auf. Griechenland, Lettland, Spanien und Zypern bilden das Schlusslicht: Weniger als jeder zehnte Bürger vertraut den dortigen Parteien.

Die Steigerung des Parteienvertrauens zwischen 2016 und 2017 beschränkt sich nicht auf Deutschland: Während 2016 nur in Dänemark und den Niederlanden etwa jeder dritte Befragte den Parteien

vertraute (siehe Abbildung A im Anhang), sind es 2017 zehn Staaten mit ähnlich hohen oder höheren Vertrauenswerten.

3. Parteienvertrauen und Sozialstruktur

Im Folgenden wird dargestellt, ob sich das Parteienvertrauen zwischen den gesellschaftlichen Schichten unterscheidet. Den Ausgangspunkt bilden in der bisherigen Literatur weitgehend zwei widerstreitende Thesen (vgl. zusammenfassend Biehl 2013: 72-74).

Einerseits wird postuliert, dass zunehmendes Misstrauen gegenüber den Parteien das Resultat unproblematischer gesellschaftlicher Entwicklungen ist (Dalton 2008). Demzufolge sei blindes Vertrauen in die politischen Institutionen Ausdruck eines vordemokratischen Politikverständnisses und nehme mit der Ausbreitung post-materialistischer Wertevorstellungen (Inglehart 1999) kontinuierlich ab. Misstrauen wird gemäß dieser Sichtweise als Ausdruck mündiger und kritischer Bürger verstanden (Bude et al. 2010: 22). Demnach misstrauen den Parteien eher

ressourcenstarke Bürger der höheren gesellschaftlichen Schichten (Biehl 2013: 73).

Andererseits wird das politische Misstrauen als Krisenphänomen verstanden (ebd.: 72). Die Unzufriedenheit mit den Ergebnissen des politischen Systems sowie der eigenen wirtschaftlichen Lage und des sozialen Status spiegeln sich folglich in einem geringen Vertrauen in die politischen Akteure wider (ebd.: 74). Mangelndes Vertrauen sei demgemäß der Ausdruck von Defiziten politischer Repräsentation (ebd.). Empirisch sollten sich dann vorwiegend ressourcenschwache Bürger der unteren sozialen Schichten durch Misstrauen kennzeichnen (ebd.: 73-74). Die widerstreitenden Thesen wurden von Biehl (ebd.) anhand einer Bevölkerungsbefragung aus dem Jahr 2010 für die Bundesrepublik einer empirischen Prüfung unterzogen. Biehl resümiert, dass sozioöko-

nomisch schwächer gestellte Personen ein im Vergleich zu höheren sozialen Sichten geringeres Parteienvertrauen aufweisen und sieht daher „das geringe Vertrauen nicht als Modernisierungssymptom, sondern eher als Ausdruck einer gestörten Beziehung zwischen Bürgern und Parteien“ (ebd.: 86). Ob es sich bei den Befunden lediglich um eine Momentaufnahme handelt oder die postulierten Thesen auch sieben Jahre später Gültigkeit besitzen, wird anhand der Daten des Eurobarometers 2017 im Folgenden überprüft.

Tabelle 2: Parteienvertrauen und Sozialstruktur (2017)

	eher vertrauen	eher nicht vertrauen	weiß nicht
Gesamt	36,8	57,9	5,3
Geschlecht			
Männer	37,2	58,6	4,2
Frauen	36,4	57,1	6,5
Alter			
15 bis 24 Jahre	31,0	59,2	9,9
25 bis 39 Jahre	33,3	63,5	3,1
40 bis 54 Jahre	35,4	57,6	7,0
55 Jahre oder älter	39,2	56,2	4,6
Bildungszeit (in Jahren)			
Weniger als 15 Jahre	37,0	57,7	5,3
16 bis 19 Jahre	32,4	62,2	5,4
Mehr als 20 Jahre	44,3	52,1	3,5
Schichtzugehörigkeit			
Arbeiterklasse	22,5	72,5	4,9
Untere Mittelschicht	26,2	70,0	3,8
Mittelschicht	41,8	53,4	4,8
Obere Mittelschicht	51,2	43,5	5,4
Oberschicht	42,9	42,9	14,3
Finanzlage des Haushalts			
Eher gut	41,3	53,5	5,2
Eher schlecht	12,6	84,0	3,5
Bundesland			
Westdeutschland	42,2	52,3	5,5
Ostdeutschland	24,1	71,1	4,8

Eigene Berechnung auf Grundlage des Eurobarometers 2017; Befragte= 1605.

Zwischen Männern und Frauen lassen sich 2017 in Deutschland hinsichtlich des Parteienvertrauens keine nennenswerten Unterschiede feststellen. Jeweils zwei von drei Befragten neigen eher zu Misstrauen. Differenzen zeigen sich hinsichtlich der Altersstruktur: Ältere Personen vertrauen häufiger als jüngere Personen. Die Bildung(zeit) der Befragten zeigt in keine eindeutige Richtung. Wer länger als 20 Jahre in schulischer- und beruflicher Ausbildung war, vertraut mehr als diejenigen mit geringerer Ausbildungszeit. Allerdings vertrauen Befragte mit einer Ausbildungszeit zwischen 16 und 19 Jahren seltener den Parteien als Befragte mit einer noch kürzeren Ausbildungszeit. Deutlich erkennbar sind schichtspezifische Unterschiede: Während nur jeder fünfte Angehörige der Arbeiterklasse den Parteien vertraut, hat in der oberen Mittelschicht jeder Zweite Vertrau-

en in die Parteien. Generalisierbare Aussagen über die Angehörigen der Oberschicht sind aufgrund der geringen Fallzahl (<10) nicht möglich. Von denjenigen, die ihre finanzielle Haushaltslage eher schlecht beurteilen, vertraut nur eine von acht Personen den Parteien. Wird die Finanzsituation eher gut beurteilt, vertrauen vier von zehn Personen den Parteien. Erkennbar sind ebenfalls Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen. Letztere sind den Parteien gegenüber deutlich misstrauischer eingestellt als Westdeutsche.

Die Ergebnisse von Tabelle 2 deuten auf die Bestätigung der Krisenthese hin: Insgesamt kennzeichnen sich ressourcenschwache Personen der unteren gesellschaftlichen Schichten häufiger durch eine parteiskeptische Sichtweise als Personen höherer Schichten. Doch welche der berücksichtigten Merkmale sind ursächlich für das Parteienvertrauen? Tabelle 3 gibt darüber abschließend Auskunft.

Tabelle 3: Determinanten des Parteienvertrauens

Variablen	Regressionskoeffizient B	Exp (B)
Geschlecht	,14	1,15
Alter	,01 ***	1,01
Bildungszeit (in Jahren)	,01	1,01
Untere Mittelschicht	,00	1,00
Mittelschicht	,46 *	1,58
Obere Mittelschicht	,67 *	1,96
Oberschicht	1,37	3,92
Finanzlage des Haushalts	,73 ***	2,08
Bundesland	,79 ***	2,19
Pseudo R ² (Nagelkerkes)	,16	
Befragte (n)	1.143	

Geschlecht= Referenz Männer; Schichtzugehörigkeit= Referenz Arbeiterklasse; Finanzlage= Referenz eher schlechte Lage; Bundesland= Referenz Ostdeutschland. Signifikanz: ***= 0,1 %-Niveau; **= 1 %-Niveau; *= 5 %-Niveau.

Eigene Berechnung auf Grundlage des Eurobarometers 2017.

Es lassen sich keine geschlechtsspezifischen Unterschiede hinsichtlich des Parteienvertrauens in Deutschland feststellen, wie bereits durch die deskriptive Übersicht zu vermuten war. Im Gegensatz dazu ist ein hochsignifikanter positiver Effekt des Lebensalters auf das Parteienvertrauen erkennbar: Mit jedem zusätzlichen Lebensjahr steigt die Wahrscheinlichkeit, den Parteien eher zu vertrauen, um ein Prozent. Da in der Analyse die Finanzlage und Schichtzugehörigkeit kontrolliert wurde, handelt es sich um einen eigenständigen Effekt, d.h. ältere Personen vertrauen eher den Parteien, unabhängig davon, ob sie eine im Vergleich zu jüngeren Jahren bessere Finanzlage aufweisen oder nicht. Nichtsdestotrotz ist die finanzielle Situation ein wichtiger Erklärungsfaktor: Befragte, die ihre Haushaltslage eher

gut beurteilen, weisen im Vergleich zu Befragten mit eher schlechter Beurteilung eine mehr als doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit auf, Parteien zu vertrauen. Einen weiteren Erklärungsfaktor stellt die Schichtzugehörigkeit dar. Auffällig ist, dass zwischen den Angehörigen der Arbeiterklasse und der unteren Mittelschicht keine überzufälligen Unterschiede bestehen. Erst darüber hinaus zeigen sich signifikante Differenzen: Je höher die Schichtzugehörigkeit, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, den Parteien zu vertrauen. Befragte der Mittelschicht weisen eine im Vergleich zu Arbeitern fast sechzig Prozent höhere Chance auf, zu vertrauen, Angehörige der oberen Mittelschicht bereits eine knapp doppelt so hohe Chance. Die fehlende Signifikanz für Angehörige der Oberschicht resultiert voraussichtlich aus der geringen Fallzahl für diese Kategorie. Die Bildung der Befragten erweist sich als insignifikant. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Eurobarometer 2017 nicht der formale Bildungsabschluss erhoben wurde, sondern ausschließlich die Schul- und Berufsbildungszeit in Jahren. Neben den individuellen Eigenschaften der Befragten zeigt sich ein erklärungskräftiger struktureller Faktor: Westdeutsche vertrauen den Parteien im Vergleich zu Ostdeutschen deutlich häufiger; Erstere weisen eine mehr als doppelt so hohe und hochsignifikante Wahrscheinlichkeit auf, zu vertrauen. Einkommensunterschiede zwischen Ost und West scheinen dabei nicht der ausschlaggebende Faktor zu sein, da der Unterschied unabhängig von der finanziellen Haushaltslage der Befragten bestehen bleibt.

Die erklärte Varianz des empirischen Modells liegt bei 16 Prozent und damit eher im unteren Bereich. Sozialstrukturelle Determinanten erweisen sich in der Konsequenz zwar als einflussreich, jedoch sind weitere Forschungsanstrebungen notwendig. Die vorangegangene Analyse erfolgte auf Grundlage des Eurobarometers 2017. Der Vorteil liegt in der Aktualität der Daten, geht allerdings auf Kosten eines umfangreicheren Sets an möglichen erklärenden Faktoren. Potenziell einflussreiche Erklärungskonzepte, wie bspw. das generalisierte soziale Vertrauen (Angenendt 2017; Angenendt/Schmitt 2015, Zmerli/Newton 2008; Newton 1999), wurden nicht erhoben. Durch den Fokus der obigen Analyse auf die Bundesrepublik war es zudem nicht möglich, institutionelle Faktoren, wie bspw. das Wahl- oder Parteiensystem (van der Meer 2010; Criado/Herreros 2007), vergleichend einzubeziehen.

4. Fazit

Die empirischen Befunde belegen das im Vergleich zu anderen Institutionen geringe Vertrauen der Deutschen in die Parteien, wobei die Bewertung der Parteien im europäischen Vergleich hoch ausfällt. Hier zeigt sich zwischen 2016 und 2017 eine deutliche Zunahme des Vertrauens, sodass Deutschland im Jahr 2017 zu den drei Ländern in Europa gehört, in denen den Parteien am häufigsten vertraut wird. Hinsichtlich der Ursachen des Parteienvertrauens zeigen sich schichtspezifische und strukturelle Unterschiede: Angehörige höherer Schichten und finanziell Bessergestellte vertrauen eher als Angehörige niedriger Schichten und finanziell Schlechtergestellte, ebenso wie Westdeutsche im Vergleich zu Ostdeutschen. Letztlich bekräftigen die Daten somit vorhergehende Analysen, die ein geringes Parteienvertrauen in Deutschland als Ausdruck von Unzufriedenheit mit den etablierten politischen Akteuren deuten und nicht als Folge von Modernisierungsprozessen.

Offen bleibt, ob und inwieweit das Parteienvertrauen durch die zunehmende Polarisierung des deutschen Parteiensystems leidet. Etwaige Rückkoppelungseffekte auf das Elektorat infolge sinkender Kooperationsbereitschaft zwischen den Parteien (Schmitt 2018; vgl. auch Angenendt/Schmitt 2017) bieten insofern einen relevanten Anknüpfungspunkt für künftige Forschungsanstrebungen.

5. Literaturverzeichnis

- Angenendt, Michael (2017): Zum Verhältnis von institutionalisiertem Misstrauen und persönlichem Vertrauen in der Politik, MIP 2017, S. 72-81.
- Angenendt, Michael; Schmitt, Johannes (2015): (Warum) Vertrauen wir Politikern?. In: Krisen, Prozesse, Potenziale, Hrsg. Simon Scholz und Julian Dütsch, S. 293-318. Bamberg: Bamberg University Press.
- Angenendt, Michael; Schmitt, Johannes (2017): Der Lohn der Kooperation. Vorzeitige Regierungsbeendigungen als erfolgreiche Strategie im Parteienwettbewerb?. In: Parteien unter Wettbewerbsdruck, Hrsg. Sebastian Bukow und Uwe Jun, S. 203-228. Wiesbaden: Springer VS.
- Arzheimer, Kai (2002): Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffs. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

- Biehl, Heiko (2013): Noch vertrauenswürdig? Konzept und Empirie des gesellschaftlichen Vertrauens in politische Parteien. In: *Abkehr von den Parteien? Parteiendemokratie und Bürgerprotest*, Hrsg. Oskar Niedermayer, Benjamin Höhne und Uwe Jun, S. 67-92. Wiesbaden: Springer VS.
- Bude, Heinz; Fischer, Karsten; Huhnholz, Sebastian (2010): Vertrauen. Die Bedeutung von Vertrauensformen für das soziale Kapital unserer Gesellschaft. Gedanken zur Zukunft. Bad Homburg v.d. Höhe: Herbert-Quandt-Stiftung.
- Criado, Henar; Herreros, Francisco (2007): Political Support: Taking Into Account the Institutional Context. In: *Comparative Political Studies*, Vol. 40, S. 1511-1532.
- Dalton, Russell J. (2004): *Democratic Challenges, Democratic Choices. The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracies*. Oxford, New York: Oxford University Press.
- Dalton, Russell; Weldon, Steven (2005): Public Images of Political Parties. A Necessary Evil? In: *West European Politics*, Vol. 28, S. 931-951.
- Dalton, Russell J. (2008): *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. Washington, D.C.: CQ Press.
- Gehne, David (2008): *Bürgermeisterwahlen in Nordrhein-Westfalen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Gehne, David; Spier, Tim (2010): *Krise oder Wandel der Parteiendemokratie?* Wiesbaden: Springer VS.
- Inglehart, Ronald (1999): Postmodernization Erodes Respect for Authority, but Increases Support for Democracy. In: *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*, Hrsg. Pippa Norris, S. 236-256. Oxford: Oxford University Press.
- Newton, Kenneth (1999): Social and Political Trust in Established Democracies. In: *Critical Citizens: Global Support for Democratic Governance*, Hrsg. Pippa Norris, S. 169-187. Oxford: Oxford University Press.
- Niedermayer, Oskar (2016): *Parteimitglieder in Deutschland. Version 2016*. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26. Online verfügbar unter: <http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empsoz/schriften/Arbeitshefte/P-PM16-NEU.pdf> (zuletzt abgerufen am: 20.01.2018).
- Norris, Pippa (1999): *Critical Citizens. Global Support for Democratic Governance*. Oxford: Oxford University Press.
- Norris, Pippa (2011): *Democratic Deficit: Critical Citizens Revisited*. New York: Cambridge University.
- Pharr, Susan J.; Putnam, Robert D. (2000): *Disaffected Democracies. What's Troubling the Trilateral Countries?* Princeton: Princeton University Press.
- Poguntke, Thomas (1999): *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland: Von Krise zu Krise?* In: *50 Jahre Bundesrepublik. Rahmenbedingungen – Entwicklungen – Perspektiven*, Hrsg. Thomas Ellwein und Everhard Holtmann, PVS-Sonderheft 30. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. S. 429-439.
- Poguntke, Thomas (2014): Towards a New Party System: The Vanishing Hold of the Catch-all Parties in Germany. In: *Party Politics*, Vol. 20, Nr. 6, S. 950-963.
- Rossteutscher, Sigrid; Bieber, Ina; Scherer, Philipp (2015): *Anti-Party Voting in Germany: The Alternative for Germany (AfD) and the Pirate Party*. In: *Anti-Party Parties in Germany and Italy. Protest Movements and Parliamentary Democracy*, Hrsg. Andrea De Petris und Thomas Poguntke. Rom: Luiss University Press.
- Rönsch, Horst-Dieter (1977): Reaktionen auf staatliches Handeln am Beispiel des Wahlverhaltens. In: *Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen*, Hrsg. Hans Matthöfer, S. 344-395. Villingen-Schwenningen: Neckar-Verlag.
- Scarrow, Susan E. (1996): Politicians against Parties: Anti-Party Arguments as Weapons for Change in Germany. In: *European Journal of Political Research*, Vol. 29, S. 297-317.
- Schmitt, Johannes (2018): Zur Wirkung einer Großen Koalition. Die Renaissance des polarisierten Pluralismus und die Polarisierung des deutschen Parteiensystems. In: *MIP. Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung*, Vol. 24, S. 48-63.
- Stöss, Richard (1990): Parteikritik und Parteiverdrossenheit. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 21, S. 15-24.
- Tyler, Tom R. (1998): Trust and Democratic Governance. In: *Trust and Governance*, Hrsg. Valerie Braithwaite und Margaret Levi, S. 269-294. New York: Russell Sage Foundation.
- van Biezen, Ingrid; Poguntke, Thomas (2012): Going, Going, Gone? The Decline of Party Membership in Contemporary Europe. In: *European Journal of Political Research*, Vol. 51, Nr. 1, S. 24-56.
- van der Meer, Tom (2010): In What We Trust? A Multi-level Study into Trust in Parliament as an Evaluation of State Characteristics. In: *International Review of Administrative Sciences*, Vol. 76, S. 517-536.

Wiesendahl, Elmar (2012): Unpopulär aus Tradition. Parteienverachtung in Deutschland und die Folgen. In: Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration, Hrsg. Stephan Braun und Alexander Geisler, S. 79-91. Wiesbaden: Springer VS.

Zmerli, Sonja; Newton, Kenneth (2008): Social Trust and Attitudes towards Democracy. In: Public Opinion Quarterly, Vol. 72, S. 706-724.

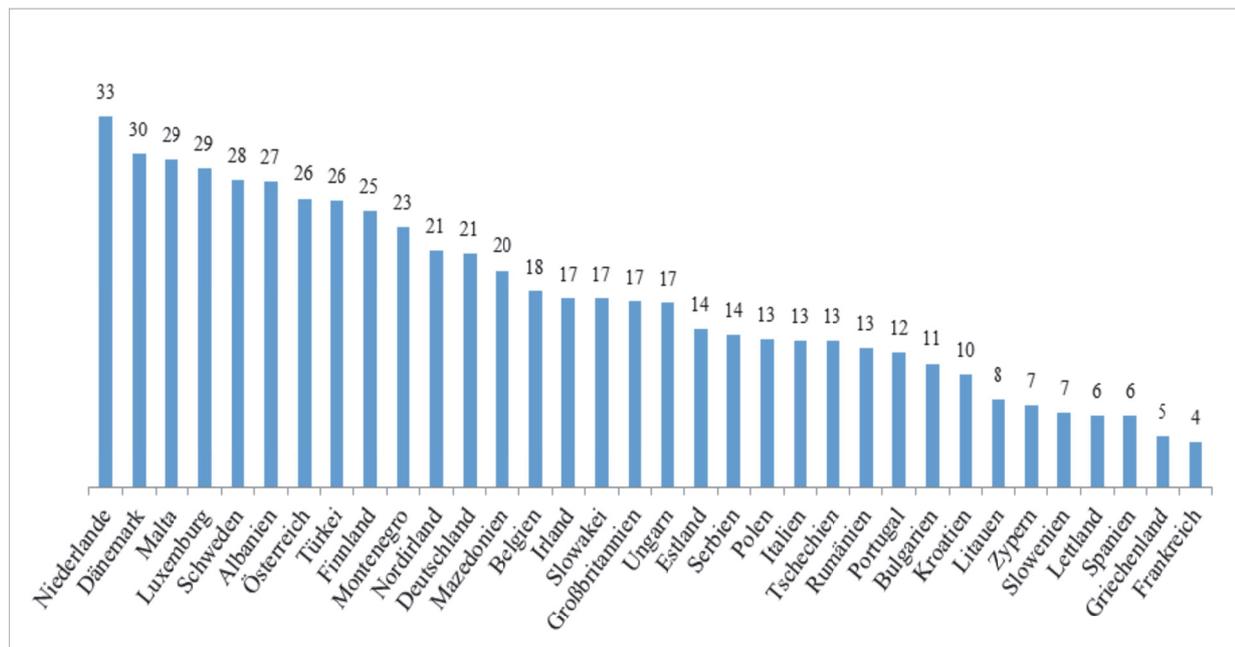
6. Anhang

Tabelle A: Vertrauen in öffentliche Einrichtungen in Deutschland (2016)

	(eher) vertrauen	(eher) nicht vertrauen
Polizei	78,0	19,5
Bundeswehr	66,0	23,1
Regionale/lokale Behörden	63,0	31,7
Justiz	56,0	40,5
Öffentliche Verwaltung	54,0	39,4
Vereinte Nationen	40,1	44,3
Bundestag	41,1	51,4
Bundesregierung	38,1	56,0
Europäische Union	27,3	61,2
Politische Parteien	21,1	72,7

Eigene Berechnung auf Grundlage des Eurobarometers 2016; Befragte= 1592.

Abbildung A: Parteienvertrauen im europäischen Vergleich (2016)



Alle Angaben in Prozent. Eigene Berechnung auf Grundlage des Eurobarometers 2016; Befragte= 32487.